Kurzbericht

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(144. - öffentliche - Sitzung am 24. November 2021)

Beratungsthemen:

- a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023 - HG 2022/2023 -) Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/9720 neu
 - b) Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2021 bis 2025 Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 18/9847

Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 13** - Allgemeine Finanzverwaltung - unter Einbeziehung der Mipla 2021 bis 2025. Er führte die Einzelberatung sowie die Beratung des **Informationsteils der Vormerklisten** des Ausschusses für Haushalt und Finanzen mit den dazu von der Landesregierung übersandten Vorlagen 418, 420, 423, 425, 426, 428 und 430 durch und nahm diese zur Kenntnis. Ferner setzte er die Beratung des Haushaltsgesetzentwurfs 2022/2023 auf Grundlage der Vorlage 4 des GBD fort.

2. Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/9885

dazu: Eingabe 03038/03/18 (Vorlage 6 zu Drs. 18/9885)

Der Ausschuss setzte die Beratung auf der Grundlage der Vorlage 8 des GBD fort. Er verständigte sich darauf, die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens in seiner Sitzung am 1. Dezember 2021 zum Änderungsvorschlag der Fraktionen der SPD und der CDU (Vorlage 7) anzuhören.

 Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung zur Verfassungsmäßigkeit des niedersächsischen Sondervermögens zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. Entwurf eines Gesetzes über eine Umwandlung des Calenberg-Göttingen-Grubenhagen-Hildesheim'schen ritterschaftlichen Kreditvereins und des Ritterschaftlichen Kreditinstituts Stade

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/9918

Der - federführende - Ausschuss setzte die Beratung auf Grundlage der Vorlage 1 des GBD durch und schloss sie ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -Enthaltung: -

Berichterstattung (mündlicher Bericht): Abg. Dr. Marco Mohrmann (CDU).

 Unterrichtung durch die Landesregierung über die Reinvestition der Garantieeinnahmen NORD/LB durch die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen mbH (HanBG)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

6. Vorlagen

Vorlage 429 (MW) Quartalsbericht zum 3. Quartal 2021 für das Sondervermögen Digitalisierung

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.